

Presse

AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe
AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Null Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung

*Josephine Ortleb, zuständige Berichterstatterin;
Gülistan Yüksel, zuständige Berichterstatterin:*

Die Zahl der gefährdeten Opfer von Genitalverstümmelung droht, bis 2030 auf weitere 70 Millionen Frauen und Mädchen zu steigen. Am Tag der Null Toleranz gegen weibliche Genitalverstümmelung und generell ist für die SPD-Bundestagsfraktion klar: Die persönliche Integrität und sexuelle Selbstbestimmung müssen geschützt werden. Schon jetzt müssen 200 Millionen Mädchen und Frauen mit den Folgen dieser menschenverachtenden Praxis leben.

„Jedes Mädchen und jede Frau, die weibliche Genitalverstümmelung erlebt hat, ist eine zu viel. Es müssen endlich konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um diese Praktik zurückzudrängen und den Schutz der Mädchen und Frauen zu gewährleisten.

Studien zufolge sind bis 2030 sogar weitere 70 Millionen Mädchen und Frauen bedroht. Die Dunkelziffer liegt bei weitem höher. Diese Zahlen zeigen, wie wichtig es ist, dieses Thema zu benennen und sich dagegen einzusetzen. Dieser Einsatz gelingt aber nur, wenn wir alle gemeinsam gegen Genitalverstümmelungen kämpfen – Männer und Frauen, politische Entscheidungsträgerinnen und -träger, Zivilgesellschaft, Opfer und Gefährdete.

Es beginnt mit der Bekämpfung der Ursachen männlich dominierter Gesellschaftsstrukturen, die weibliche Genitalverstümmelung befördern und geht weiter mit der Förderung von Menschenrechtsbildung in Schulen, sowie der Stärkung der Frauen- und Mädchenrechten weltweit. Frauenrechte sind Menschenrechte – immer und überall.

Impressum

Herausgeber Carsten Schneider, MdB | **Redaktion** Albrecht von Wangenheim
Telefon (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-Mail Presse@spdfraktion.de

Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.

Die internationale Gemeinschaft muss mit einer gemeinsamen finanziellen Anstrengung Präventions- und Aufklärungsarbeit leisten und Hilfe- und Betreuungsstrukturen für (gefährdete) Opfer finanzieren, um somit die Menschenrechte von Frauen und vor allem Mädchen zu schützen. Deutschland muss dabei eine herausragende Stellung einnehmen.”